

Grußwort

auf dem 3. Bundeskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft -
ver.di

„Vereint für Gerechtigkeit“

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Leipzig, 17. September 2011

BITTE BEACHTEN SIE:

SPERRFRIST: Samstag, 17. September 2011, Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Liebe Delegierte,
liebe Monika,
lieber Frank,

meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im März 2001, also vor 10 Jahren, haben wir in Berlin die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft gegründet. Aller maßlosen Kritik zum Trotz sage ich euch, **herzlichen Glückwunsch - ihr habt gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte geschrieben.**

Sicher, nach den Anstrengungen des Gründungsprozesses, über die ich selbst manche Geschichte erzählen könnte, nach der Euphorie bei der Gründung kehrte rasch der Alltag ein - die Mühen der Ebene begannen.

Mehr noch: In diesen zehn Jahren hat sich das Umfeld für gewerkschaftliche Arbeit drastisch verändert. Und das nicht zu unseren Gunsten. Auf das Platzen in der Internet-Blase **reagierte die herrschende Politik**, auch die Sozialdemokratie in Deutschland und Europa, **nicht**

mit mehr Sozialstaat,
nicht mit mehr Regulierung,
nicht mit mehr Arbeitnehmerrechten,
nicht mit mehr Steuergerechtigkeit
oder dem Stopp von Privatisierungen.

Sie sagten nicht Ja zur Durchsetzung des Primats der Politik über die Wirtschaft - sondern zum genauen Gegenteil.

Dass davon besonders negativ eine Dienstleistungsgewerkschaft wie ver.di betroffen sein musste, versteht sich aus heutiger Sicht von selbst. Die Beschäftigungsverhältnisse sowohl im öffentlichen als auch im privaten Dienstleistungssektor wurden ins Visier genommen.

Massenhafter Arbeitsplatzabbau und Outsourcing,

- die Entrechtlichung von Arbeit,

- der anti-sozialstaatliche Kurs der Agenda 2010,

- die flächendeckende Einführung des Niedriglohnsektors,

- dieser Rückfall ins 19. Jahrhundert, wo auch Millionen von Menschen täglich hart arbeiteten und trotzdem bitter arm waren, all das hat euch ebenso belastet und gefordert wie

- eine Steuerpolitik zugunsten der Reichen und Vermögenden,

- die Deregulierung des Finanzsektors und vieles andere mehr.

Wir mussten neue Antworten finden. Wir mussten auch Widerstand organisieren. Denn wir

wollten und mussten Erreichtes bewahren. Bei alledem haben wir gestanden. Wir sind nicht eingebrochen.

Der Traum von manchem unserer Gegner, uns, die organisierte Arbeitnehmerschaft kaputt zu machen, ist nicht wahr geworden - im Gegenteil.

**Sie de-regulierten Arbeit,
schufen Millionen von schlechten Jobs,
sie förderten Kombi-Löhne,
sie belohnten Arbeitgeber, die Hartz IV missbrauchten,
sie ließen massenhaften Missbrauch von Leiharbeit zu
und fuhren einen flächendeckenden Angriff auf die Löhne.**

Wir setzten dem unseren den **Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn** entgegen. Und wir wollen „**gleichen Lohn für gleiche Arbeit**“ auch in der Leiharbeit.

Wenn heute weit über 80 Prozent der Bevölkerung diese beiden zentralen Forderungen der Gewerkschaften für richtig halten, dann ist das ein Erfolg nicht zuletzt Eurer Arbeit - des Wirkens von ver.di.

Ich erinnere mich noch genau, dass ich vor vier Jahren zur Eröffnung des ver.di-Kongresses gefordert habe, in der Leiharbeit spätestens nach einer kurzen Einarbeitungszeit die gleiche Bezahlung mit Stammbeschafteten durchzusetzen. Ihr habt seitdem hart gekämpft, Seite an Seite mit den Industriegewerkschaften.

Aber: Der Widerstand von Arbeitgebern und mit ihnen verbündeten Politikern insbesondere in der schwarz-gelben Koalition ist riesig.

Denn es geht ja nicht nur darum, die Beschäftigten im Betrieb gegeneinander auszuspielen. Es geht auch nicht nur darum, sich eine Streikbrecher-Reserve zu halten. Sondern es **geht vor allem darum, Tariflöhne zu unterlaufen**. Da wird bis zu 30 Prozent weniger für die gleiche Arbeit bezahlt.

Wir haben in den vergangenen Jahren mit betrieblichen und tariflichen Lösungen Breschen in die Front unserer Gegner schlagen können. Aber es bleibt dabei. **Die Regulierung der Leiharbeit, die Durchsetzung des Prinzips der Lohngleichheit ist Sache des Gesetzgebers**. Und wir werden nicht ruhen, bis das Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz entsprechend geändert wird. Wir bleiben dran. Und wenn es Not tut, werden wir das auch zum Thema des Bundestagswahlkampfes machen.

Ich warne allerdings die **Regierungskoalition** davor, dieses zentrale Thema weiter aussitzen zu wollen. Sie werden uns nicht ruhig stellen. Weder in den Industriebetrieben und Verwaltungen noch in den Krankenhäusern und Servicecentern. Sie haben nur eine Chance,

das Thema vom Tisch zu bekommen.

Im Bundesgesetzblatt muss stehen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - auch in der Leiharbeit.

Nur der Vollständigkeit halber füge ich die Selbstverständlichkeit an:

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss uneingeschränkt gelten - für Männer und Frauen, für einheimische Beschäftigte, Wanderarbeiter und für alle Menschen, die vom Recht auf Freizügigkeit in Europa Gebrauch machen.

Wenn ich sage: Wir wollen es im Bundesgesetzblatt sehen, dann gilt dies auch für den allgemeinen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in der Stunde.**

Euer Kampf, unser Kampf hat schon manches erreicht. Für 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es mittlerweile branchenbezogene gesetzliche Mindestlöhne. Selbst der Arbeitgeberpräsident fordert mittlerweile Mindestlöhne zum Beispiel in der Zeitarbeit.

Betrachtet man die Parteien, so zeigt sich: Allein die FDP ist unbelehrbar.
Die SPD ist zumindest in dieser Frage auf den Pfad der Tugend zurück gekehrt.
Die CDA will auf dem CDU-Parteitag im November einen Durchbruch erzielen.
Und auch Grüne und Linkspartei stützen unsere Forderungen.

Das alles hilft den Beschäftigten, hilft unseren Kolleginnen und Kollegen, die - noch - für Armutslöhne arbeiten müssen. Aber es ist auch überfällig, dass wir endlich das bekommen, was über **20 andere europäische Staaten** längst haben:

**Eine allgemeine gesetzliche Untergrenze beim Lohn, die für alle gilt.
Ein Stundenlohn, bei dem man wenigstens nicht zusätzlich auf Hartz IV angewiesen ist.
Ein Stundenlohn, der sich dem Kriterium von Menschenwürde wenigstens einigermaßen annähert.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, sehr prinzipiell gesagt:

In den vergangenen 20, 25 Jahren haben wir in einem ungeahnten Ausmaß den Versuch erlebt, eine gerechte Ordnung von Arbeit zu beseitigen. Dem müssen wir den Kampf um eine neue, gerechte Ordnung von Arbeit entgegen setzen - in Deutschland und Europa.

In den vergangenen Jahren haben wir aber auch erlebt, dass der **Neoliberalismus immer neue Krisen produziert.**

Denn es gibt eine direkte Linie zwischen der
- Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen,
- einer Vermögens- und Steuerpolitik der Umverteilung von Unten nach Oben,

- der Legalisierung von Hedgefonds und Leerverkäufen, des Primats des Finanzmarkt-Kapitalismus über die Realwirtschaft
- hin zur Lehman-Krise des Jahres 2008 oder der jetzigen Spekulationskrise gegen den Euro.

Das Bild ist immer wieder dasselbe: Am Anfang steht der Wunsch der Spekulanten nach Marktfreiheit, Steuerbefreiung und Maximalrenditen. Darauf folgen politische und gesetzliche Maßnahmen der Deregulierung im Finanz- und Wirtschaftssystem. Das führt dann - zusammen genommen - zwangsläufig zur nächsten Krise. Die Antwort auf diese Krise ist dann eine Ausplünderung der Staatsfinanzen und eine Rettung des Finanzkapitals mittels kreditfinanzierter staatliche Rettungspakete. Dafür bedanken sich die Spekulanten postwendend mit neuer Spekulation.

Ich sage: Dieses miese Spiel wird weitergehen. Und zwar so lange, wie sich Regierungen und Parlamente erpressen oder zum willfährigen Handlungsgehilfen machen lassen.
Deshalb: Wir müssen den Spekulanten das Handwerk legen.

Das gilt übrigens auch für die aktuelle Krise des Euros.

Wer nur Rettungspakete schnürt, um vermeintlich die Märkte zu beruhigen, ohne gleichzeitig der Spekulation nachhaltigen Halt zu gebieten, der macht einen Fehler.

Es kann nicht gut gehen, immer neue Milliarden am Kapitalmarkt aufzunehmen um die Spekulanten zu retten.

Es kann nicht gut gehen, darauf zu verzichten, die Krisengewinnler und Verursacher zur Kasse zu bitten und zur Rechenschaft zu ziehen.

Wer sich das Geld bei den kleinen Leuten holt, um die Reichen nicht nur zu schonen, sondern weiter zu begünstigen, ist ein **Gegner jeder sozialen Demokratie**. Und komme mir niemand mit dem Hinweis auf Berlusconi, Cameron oder Sarkozy.

Ein ökonomisch so wichtiger Staat wie Deutschland muss alles daran setzen, den Märkten Grenzen zu setzen, Spekulation einzudämmen, Spekulanten zur Kasse zu bitten und Steuergerechtigkeit herbei zu führen.

Wer stattdessen die **Tarifautonomie** in Europa mit Lohnleitlinien beschädigt, den Irrsinn der **Rente mit 67** zur europäischen Norm macht, wer **Finanzmarkt-Regulierung und Unternehmens-Besteuerung** zum schlechten Witz degradiert, der muss sich nicht wundern, dass ihn die Wirtschaftseliten nicht ernst nehmen und die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schlicht die Schnauze voll haben**.

Denn die **Politik des Neoliberalismus ist nicht alternativlos**. Sie war es nicht bei Maggie Thatcher und Ronald Reagan und sie ist es nicht bei Angela Merkel und Nicolas Sarkozy. Die Alternative heißt übrigens für uns auch nicht ein Zurück zum Nationalstaat, eine

Aufgabe des Euros.

Die vernünftige **Alternative heißt nicht weniger Europa, sondern mehr Europa. Denn wir wollen Europa. Aber ein anderes, ein besseres.**

Wir wollen **kein Europa des Kapitals und der Spekulanten, sondern ein Europa für die Menschen**, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Recht bekommen - und es ihnen nicht genommen wird. **Wir wollen ein Europa des sozialen Fortschritts** und wir wollen kein Europa des Rückschritts ins 19. Jahrhundert. Denn was ist es anderes, als wenn die Idee des Binnenmarktes alles dominiert und über die demokratischen und sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger gestellt wird.

Wir akzeptieren nicht, dass die Marktfreiheit mehr wert sein soll als demokratische und soziale Rechte.

Deshalb wollen wir ein **demokratisches Europa**, in dem frei gewählte Parlamente in den Nationalstaaten und der Europäischen Union Regierungen und Euro-Bürokratie daran hindern, sich willfährig zu Handlangern des Kapitals machen zu lassen.

Wir brauchen ein Europaparlament um selbstbewusst in ganz Europa den Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft durchsetzen. Nicht zuletzt wollen wir ein **soziales Europa**, das den **arbeitenden Menschen sozialen Schutz, materiellen Fortschritt und Sicherheit in der Arbeit bietet.**

Wir wollen ein Europa, das sich niemals abfindet mit Jugendarbeitslosigkeit, Altersarmut und Hungerlöhnen.

Wir wollen ein Europa, das die Rechte der arbeitenden Menschen sichert.

Wir wollen ein Europa der Hoffnung, nicht der Hoffnungslosigkeit.

Wir wollen ein Europa, vereint in Gerechtigkeit.

In diesem Sinne wünsche ich Euren Beratungen allen Erfolg. Ich wünsche Euch und uns Kraft und Mut.

Ihr habt aus ver.di eine starke Kraft gemacht, die mit Macht und Zuversicht in die kommenden Auseinandersetzungen gehen kann.

Ich bin stolz darauf, dass meine Gewerkschaft den aufrechten Gang pflegt und zu Recht sagen kann:

Mit uns zieht die neue Zeit.

PAGE 2